

**ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK**

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FOCHOVA 62. TELEFON 53077.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



16. Jahrgang

Freitag, 20. März 1936

Nr. 68

Einstimmiger Schuldspruch gegen Deutschland

Die Locarno-Mächte einig / Erregung in Berlin

London. Der Völkerbund hat Donnerstag nachmittag in der öffentlichen Sitzung den von Belgien und Frankreich eingebrachten Entschließungsentwurf über die Verletzung des Vertrages von Locarno bei Stimmenthalt Chiles angenommen. Die Signatarmächte des Locarno-Vertrages stimmten im Völkerbundsrat für die Resolution mit Ausnahme Deutschlands, das dagegen stimmte. Die Stimmen der Locarno-Mächte zählen für die einstimmige Abstimmung des Rates nicht mit.

Der formelle Schuldspruch des Rates stellt einen bedeutenden moralischen Erfolg Frankreichs und eine Niederlage Hitlers dar, die ihn um so schmerzhafter treffen wird, als auch Polen und Italien — dieses allerdings ohne Stimmrecht — für den Schuldspruch gestimmt haben. In Berlin bringen die Abendblätter die Meldung meist noch ohne Kommentar, soweit sie aber darüber schreiben, gegen sie in erregten Worten ihren Unwillen über den „Schuldspruch“ kund, gegen den sich an Ort und Stelle auch Ribbentrop gewandt hat. Wenn auch Hitler den Spruch insofern ausnützen wird, als er nun versichern wird, daß Deutschlands Hands zurückgestoßen wurde, so kommt doch in einer für das Regime peinlichen Weise die **Schuldsprechung des Hitlerreiches zum Ausdruck.**

Der angenommene Text lautet wie folgt: „Der Völkerbundsrat befindet auf Grund des am 8. März erfolgten Erforderns Belgiens und Frankreichs, daß die deutsche Regierung einen Bruch des Artikels 43 des Versailler Vertrages beging, indem sie am 7. März 1936 veranlaßte, daß militärische Streitkräfte in die demilitarisierte Zone einmarchierten und sich dort festsetzten, eine Maßnahme, auf die sich der Artikel 42 und die nachfolgenden Artikel des Versailler Vertrages und des Vertrages von Locarno beziehen, und beauftragt den Generalsekretär unter Bezugnahme auf Artikel 4, Absatz 2 des Locarno-Vertrages über diesen Bruch des Völkerbundsrates ohne Verzögerung die Signatarmächte dieses Vertrages zu verständigen.“

Man darf aber nicht verkennen, daß der formelle Erfolg, den Hindin heimbringt und über den er noch Donnerstag mit Sarkasmus ironisiert hat, praktisch nur eine geringe Bedeutung hat. Wichtiger ist, daß die Locarno-Mächte bald nach der Ankunft Ribbentrops in London, die eine anfeuernde Wirkung hatte, und augenscheinlich unter starkem Druck Hindins einig geworden sind.

Ribbentrop plädiert im Rat

London. (Menter.) Um halb 11 Uhr westeuropäischer Zeit wurde Donnerstag im St. James-Palais in London die öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates eröffnet.

- Die Forderungen, die sie aufstellen werden, sollen sich auf folgende Punkte erstrecken:
1. Der Haager Gerichtshof wird aufgefordert, in der Sache des französisch-sowjetrussischen Beistandspaktes zu entscheiden,
 2. Lediglich in der deutschen Rheinzone wird eine von internationalem Militär als Hilfspolizei überwachte demilitarisierte Zone geschaffen werden,
 3. wird ein Einvernehmen über die Zusammenarbeit zwischen den Generalstäben Frankreichs und Englands erzielt werden.

Der entscheidende Punkt ist die Zusammenarbeit der Generalstäbe, also die militärische Allianz. Denn auf die Anrufung des Haager Gerichts geht, wie sich aus Ribbentrops Erklärungen im Rat ergibt, Deutschland nicht ein und die Schaffung einer einseitigen demilitarisierten oder gar internationalisierten Zone, sei es auch nur für einige Monate, wird von Deutschland ebenfalls sehr energisch abgelehnt. Hier handelt es sich also um rein theoretische Forderungen; die Frage wird nun sein, ob sich trotz der zu erwartenden Ablehnung der Forderungen durch Hitler eine Möglichkeit zu Verhandlungen finden wird, die England unsichernd um jeden Preis herbeiführen will. Sowohl für Frankreich als auch für Hitler wird es schwer sein, an den Verhandlungstisch zu kommen, nachdem man sich einmal auf die Forderung der neuen demilitarisierten Zone, bzw. auf die eindeutige Ablehnung der Forderung festgelegt hat. Das eigentlich Positive bleibt auf jeden Fall die enge Zusammenarbeit der Wehrmächte, die in Berlin am ehesten imponieren und Hitler spätestens nach der „Volksabstimmung“ verhandlungsfähig machen dürfte.



Der Denunziant als Kronzeuge

Der Wiener Prozeß — ein Schandmal des Starhemberg-Regimes!

Wien. (Eigenbericht.) Auch der vierte Verhandlungstag hat nicht den Schatten eines Beweises für die Schuld der Angeklagten erbracht, sondern die Bruchlosigkeit der Hochverratsanklage erst recht geoffenbart.

Die ausländische Sozialisten-Delegation wurde endgültig abgewiesen; diese Abweisung ist auf die persönliche Verstimmung des Herrn Bundeskanzlers zurückzuführen. Das de Brodère, Frau Kanderbelde, Prince und Longuet in Wien waren, durfte die österreichische Bevölkerung überhaupt nicht erfahren.

„Der größte Schuft im ganzen Land...“

Zunächst wurde der Hauptbelastungszeuge Stöckl einvernommen, ein ehemaliger Sozialdemokrat, der an der Brünner Konferenz teilgenommen hat und sich bemüht, jwiel ehemalige Kameraden wie möglich zu belästigen und zu denunzieren. Es handelt sich um einen charaktersschwachen Menschen, der offenbar schon in Brunn mit einem Polizeioffizier in Verbindung gewesen ist. Der Name dieses Spieß, der in Brunn gesehen wurde, ist den Angeklagten bekannt. Dem Stöckl, dem eine Welle des Hasses und der Beschämung entgegenschlägt („Wenn Gefühle Peinlichkeiten wären“, sagte ein Auslandsjournalist, „so wäre Stöckl schon längst tot.“), werden von den Angeklagten und der Verteidigung eine ganze Reihe von Widerprüchen nachgewiesen, wodurch die Glaubwürdigkeit dieses Zeugen stark in Zweifel gestellt ist.

Der Zeuge, der wegen eines anderen Delictes in Haft ist, befreit zwar, für seinen Verrat etwas versprochen erhalten zu haben, er gibt aber zu, daß er eine mildere Strafe als Lohn für sein Verbalten erhofft habe. Ein Verteidiger bemerkt, daß für diesen Mann die verhängte Strafe noch viel zu gering sei. Das trägt dem Verteidiger eine Klage durch den Vorsitzenden ein.

Der Hauptangeklagte Sattler erzählt, daß Stöckl bei der Konfrontation, nach den Gründen seines verächtlichen Verhaltens befragt, geantwortet hat: „I bin einig'falln, also sollen auch andere einig'tunt werden.“ Der Untersuchungsrichter hat damals dem Stöckl gesagt: „Das hätten Sie nicht antworten sollen. Hätten Sie lieber gesagt, — weil es wahr ist.“ Der Zeuge bestreitet seine Bemerkung nicht, sie befindet sich beziehungsweise nicht im Protokoll.

„Sie sind ein Lügner“

Stöckl erzählt auch, daß die Teilnehmer an der Brünner Konferenz den Auftrag erhalten hätten, sich um ein Alibi umzusehen. Nach seiner Alibi befragt, erklärt er, er habe sich auf iaktische Gründe berufen, keines beschaffen wollen. Frau Embart verweist darauf, daß es zwischen ihr und dem Zeugen persönliche Differenzen gibt, über die sie nicht reden wolle. Den Zeugen verläßt dabei sein sonst so gutes Gedächtnis. Frau Embart ruft erregt: „Sie sind ein Lügner“, und wird dafür nicht gerügt. Der Angeklagte Binder weist dem laut und zynisch dreinschauenden Stöckl eine ganze Reihe Unwahrheiten nach und beendet seine Abrechnung mit den Worten: „Sie sind ein elender Gestinnungslump. Wehr kann ich nicht sagen.“ Binder wird vermahnt.

Die von der Anklage behauptete organisierte Einheit zwischen Sozialisten und Kommunisten wird auch von diesem Belastungszeugen widerlegt. Er erkennt nämlich die beiden mitangeklagten Kommunisten nicht. Man behauptet, daß ein Mensch wie Stöckl, der sich zu gemeinem Verrat herab, also tatsächlich ein Gefinnungslump und kein ehrlicher Mann ist, als Hauptzeuge der Anklage nicht erwarte Wirkung hervorzurufen: mit Ausnahme der zahlreichen im Saal befindlichen Spione — sie sind auch hinter den Plätzen der Auslandsjournalisten zu sehen — schütteln sich die Zuhörer vor Ekst.

(Schluß auf Seite 2)

Die neuen Wohnungsgesetze

Die heftig umstrittenen Gesetzesentwürfe über die Baubewegung und über den Mieterschutz sind nunmehr in der Koalition vereinbart worden und stehen eben im Abgeordnetenhaus in Behandlung. Der sozialpolitische Ausschuss hat beide Vorlagen mit Gründlichkeit und Sachlichkeit durchberaten und so wieder erwiesen, daß unter Parlasment arbeitsfähig ist, wenn ihm Arbeitsmöglichkei geboten wird. Der Ausschuss hat an der Bauförderungsvorlage noch einige Verbesserungen vorgenommen, insbesondere durch Wiederherstellung der Steuerfreiheit von Neubauten im Umfang der früheren Bauförderungsgesetze und durch zehnjährige, bei Kleinwohnungen zwanzigjährige Befreiung der Neubauten von der Mietszinsabgabe.

Von dem Rentenwert der Paragraphen losgelöst, bedeuten die beiden Vorlagen: Durch Verwirklichung einer neuen Garantieform von 300.000.000 Kč wird die Schaffung von 15.000 bis 18.000 Einzimmerwohnungen ermöglicht. Darüber hinaus wird für ar me Personen, das sind solche, denen ihre materiellen Verhältnisse die Beschaffung einer Wohnung nicht möglich machen, der Bau von einräumigen Wohnungen — allenfalls mit einem zweiten Raum von zehn Quadratmeter Grundfläche — durch Gewährung eines Staatsbeitrages an die Gemeinden ermöglicht, die solche Wohnbauten errichten. Da in diesem Falle die Garantie den ganzen Bauaufwand umfassen, müssen die Gemeinden bloß den Grund beistellen und einen Jahresbeitrag von einem Prozent leisten, während der durch den Mietzins zu bedeckende Aufwand durch den Staatsbeitrag auf drei Prozent des Bauaufwandes gesenkt wird. Dazu kommt die Ermöglichung der Unterstützung von Arbeitslosenfriedlungen, wie sie erstmalig die Regierungsverordnung vom 13. Juni 1934 vorgegeben hatte.

Der Mieterschutz wird für Zweizimmerwohnungen bis 30. Juni 1937, für kleinere Wohnungen, wenn der Mieter ein Mindesteinkommen von 18.000 Kč, bei Familienerbältern von 30.000 Kč hatte, bis 30. Juni 1938, bei einem Einkommen von 15.000 Kč bzw. 24.000 Kč bis 30. Juni 1939 aufrechterhalten. Dabei wird das steuerpflichtige Einkommen mehrerer Familienmitglieder zusammengerechnet, aber das Abzugssteuere unterliegende Lohnneinkommen nur mit der Hälfte angerechnet. Wurde diese Einkommensgrenze nicht erreicht, so bleiben Einzimmerwohnungen bis 30. Juni 1940 unter Schutz, Wohnflächen aber auch über diesen Termin hinaus.

Nach den Publikationen des statistischen Staatsamtes befinden von 301.000 Arbeiterwohnungen in den größeren Städten 123.000 bloß aus einem Raum, 151.352 aus zwei Räumen, also aus Zimmer und Küche. Für den weit aus überwiegenden Teil aller Arbeiter — denn welche Arbeiterfamilie erwirbt heute 24.000 Kč im Jahre — bleibt also der Mieterschutz bis Mitte 1940 aufrecht.

Aber darüber hinaus werden für die Gebiete, in denen die wirtschaftlichen, sozialen und Wohnungsverhältnisse besondere Vorkehrungen erfordern, die eben dargelegten Bestimmungen über die Aufhebung des Mieterschutzes nicht gelten; in den Vorlandgebieten, deren Umfang die Koalitionsgesetzgebung festsetzt, wird also der Mieterschutz, so wie er heute besteht, solange unverändert weitergelten, bis eine neue gesetzliche Vorkehrung erlassen wird.

Im Jahre 1928 hat der Bürgerblock durch zahlreiche Durchbrechungen des Mieterschutzes, namentlich durch die Ausnahme aller Neuvermietung die unausfällige Liquidierung des Mieterschutzes eingeleitet. Seit 1928 hat jeder einzelne Wohnungswechsel ein neues Loch in den Mieterschutz gerissen. Ingleich hat der Bürgerblock, bei glänzendem Stande der Staatsfinanzen, für die Vorförderung aus öffentlichen Mitteln so gut wie nichts geleistet. Die vorübergehende Konjunktur des Kapitalismus wurde für eine planmäßige Wohnungsfürsorge nicht nutzbar gemacht, im Gegenteil, die bestehenden Einrichtungen der Wohnungsfürsorge wurden verschlechtert.

Der Einfluß der Sozialdemokratie hat dann, unter wesentlich verschlechterten Voraussetzungen, angeichts wachsender Armut des Staates und aller öffentlichen Anparerschaften, die fast erschöpfte Baujörge

rungehen bezieht, die Schaffung von einigen zehntausenden Proletarierwohnungen ermöglicht und zugleich den Mietererschutz, bei stufenweiser Liquidierung nach Wohnungsgröße und Einkommen, für die bedürftigen Bevölkerungsschichten aufrechterhalten. Und im Jahre 1936, nach sechs Jahren Krise, erwirkt die Sozialdemokratie neue Maßnahmen der öffentlichen Bauförderung. Die nicht nur die Wohnungsnot mildern, sondern auch der Arbeitsbeschaffung dienen. Denn der Wohnungsbau gehört, da er nicht nur dem Baugewerbe, sondern auch zahlreichen Handwerken und Gewerben Beschäftigung verschafft, zu den wirksamsten Methoden der Arbeitsbeschaffung. Im Jahre 1936, acht Jahre nachdem der Väterbund das Todesurteil gesprochen hat, fällt die Sozialdemokratie, trotz der tatsächlich ungünstigen Situation, vor welche die Notwendigkeit der Verlängerung eines erlöschenden Gesetzes sie stellt, die Wohnungsbedürfnisse der proletarischen Schichten in unvermindertem Umfang noch auf einige Jahre hinaus.

Mögen darum die Genleinsitzer das alte Mandat der Nationalsozialisten wiederholen, indem sie in Hausbesitzerparlamenten gegen die Aufrechterhaltung, vor den Mietern gegen die Liquidierung des Mieterrechtes wettren; mögen die Kommunisten im Seiltanz auf der neuen, so gut bekannten Linie die Purzelbäume eines verantwortungslosen Radikalismus schlagen: die Sozialdemokratie hat in ernster Arbeit und nicht ohne hartes Ringen mit dem Widerstande der Agrarier einen neuen Beweis ihres Pflichtbewusstseins und erfolgreicher Wirksamkeit für die Massen des Volkes erbracht.

Der Wiener Prozeß

(Schluß von Seite 1)

Am Nachmittag wurden in nichtöffentlicher Verhandlung Schriftstücke vorgelesen, deren Inhalt in Österreich ziemlich bekannt ist. Auch dieser Teil des Prozesses erbrachte keinen Beweis für die Hauptpunkte der Anklage. Freitag folgen die Plädoyers.

In ganz Wien wurden kleine rote Zettel verbreitet, auf denen zu lesen stand: „Sozialismus ist Hochverrat, sagt der Staatsanwalt. Tausende Jahre Herker drohen den angeklagten Sozialisten.“

Polizeistrafe für Rosa Jochmann

Die im Gerichtsjaal verhaftete Genossin Rosa Jochmann hat eine siebenstägige Polizeistrafe erhalten, weil sie die Polizisten gebeten hatte, die Zwischenruferin vom Dienstort nicht zu fassen. Rosa Jochmann bekam Strafantrag bewilligt.

Empörung unter den Auslandsjournalisten

Unter den Auslandsjournalisten herrscht große Empörung wegen der offenbar amtlich ausgegebenen Behauptung fast aller Wiener Blätter, es hätten sich zur Dienstagsverhandlung nur drei ausländische Zeitungsleute eingefunden, während in Wirklichkeit die zwei für die Auslandspresse referierten Vänke immer dicht besetzt sind. Durch die Meldung der gleichgeschalteten Presse soll unter den österreichischen Arbeitern der

Eindruck hervorgerufen werden, sie seien von der demokratischen Weltmeinung verlassen. Es ist ein Protestschritt der Auslandsjournalisten zu erwarten, die aus jener Meldung auch den Vorwurf der Faulheit und Pflichtvernachlässigung herauslesen. Die in jener offiziellen Tendenzmeldung mitgeteilte Behauptung, es hätten 75 Auslandsjournalisten Zulassungskarten verlangt, kann wohl stimmen und würde keineswegs von Interesselosigkeit des Auslandes zeugen; fest steht aber, daß nur eine sehr beschränkte Anzahl von Karten an die ausländische Presse ausgegeben wurde.

Schmähliche Rolle der „Deutschen Presse“

Wien. (Eigenbericht.) Donnerstag wurde hier bekannt, daß die in Prag erscheinende christlichsoziale „Deutsche Presse“ in einer Polemik und als Antwort auf die internationalen Proteste gegen den Wiener Prozeß die Behauptung auf-

stellt, der Verlauf des Prozesses werde beweisen, daß es sich nicht um Gesinnungsdelikte, sondern um die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes handle. Die gleichgeschaltete Wiener Presse schrotet diese Darstellung der „Deutschen Presse“ um so mehr aus, als ja fast die gesamte internationale Presse mit ihrer schlechten Meinung über den Prozeß und die österreichische Justiz nicht zurückhält. In den Kreisen der ausländischen Berichterstatter verurteilt man auf scharfste die Vorgangsweise der „Deutschen Presse“, die sich nicht schämt, in einem demokratischen Staat die skandalöse Justiz und den Gesinnungsterror des Starbemberg-Regimes zu verteidigen und diesem Regime von außen her Kulturschande zu leisten. Die Berichte der Auslandspresse, vor allem der „Times“ und des „Daily Herald“, werden in den Kreisen der Wiener Arbeiterkammer mit großer Freude und Befriedigung aufgenommen. (Unser Blatt ist bekanntlich in Österreich verboten.)

Eine soziale Tat

Genosse Zischka über die Novelle zum Invalidengesetz

Prag. Das Abgeordnetenhaus beendete Donnerstag nachmittags die Debatte über die Kriegsbeschädigtenvorlage und nahm dann den Gesetzentwurf mit einer von der Koalition beantragten Änderung an, wonach im § 29 das Wort „Unstreitig“ durch „Nachgewiesenermaßen“ zu ersetzen ist. Es handelt sich darum, daß die Verwundung oder Krankheit, deren Verschlechterung den Anspruch auf Rentenerhöhung gibt, „nachgewiesenermaßen“ auf den Militärdienst zurückzuführen sein muß.

In der Debatte sprach für unsere Fraktion Genosse Zischka, der u. a. feststellte, daß das Fürsorgeministerium mit dieser Vorlage einen Weg weitergeht, der bereits im Jahre 1930 unter dem Fürsorgeminister Dr. Czech erfolgreich eingeschlagen wurde.



Die nach dem Krieg erkannten Mängel der Invalidengesetzgebung zu beheben, wäre nämlich notwendig, wenn es heute der Fall ist. Leider ist in den Jahren 1922 bis 1929 für die Kriegsbeschädigten gar nichts gemacht worden. Es ist erregend, daß im Laufe der Ausschussverhandlungen der Entwurf der Erwerbsunfähigkeit, bei dem die höhere Rente bestimmt, von 75 auf 50 Prozent herabgesetzt werden konnte.

Bedner erwidert in diesem Zusammenhang das Fürsorgeministerium, daß für die Fälle, die künftig bei der Behandlung von Unfällen aktiver Soldaten ein bestimmtes Tempo bei der Erhebung der Rentenansprüche eingeleitet wird. Er verwies ferner auf Photographien, die er vor wenigen Tagen von einem Kriegsbeschädigten — Hermann Schmidt aus Breditz — angesehen erhielt, dessen Hände und Füße während des Krieges erfroren sind. Nach dem Krieg konnte man keine Schädigungen feststellen. Doch jetzt, achtzehn

Bilige Wohnungen für die Armen

Die Debatte über die Wohnungsvorlage eröffnet

Gegen Abend tritt das Parlament noch zur Verhandlung der beiden Gesetze über die Pauschalzahlung und den Mietererschutz. Zur Bauförderung referierte Langr (Hö. Rat., Soz.) zunächst über die vom Ausschusse vorgenommenen Änderungen.

Das Hauptgewicht legte er auf Kapitel V, das den Gemeinden den Bau von Wohnflächen für Arme ermöglicht, ohne daß sie außer dem Baugrund eigene Mittel zur Verfügung stellen müßten. In diesen Häusern wird der Preis nicht mehr als zwei Prozent des gesamten Bauaufwandes betragen, so daß wirklich billige Wohnungen für Arme erstellt werden können.

Der Referent macht auf das riesige Anwachsen von Notunterkünften im Laufe der Krise aufmerksam. Während im Jahre 1930 in 104 größeren Städten 2650 Familien mit 9000 Köpfen in Notunterkünften untergebracht waren, erhöhte sich diese Zahl seitdem auf 19.915 Familien mit 82.029 Angehörigen. Für diese Familien zu sorgen, wird die erste Aufgabe des Gesetzes sein.

Auch nach dem Kapitel VI kann der Bau von Siedlungshäusern für Arbeitslose oder Hilfsarbeiter sehr gefördert werden. Leider wurde ein großer Teil der Gelder, die Staat und Gemeinden für Bauzwecke aufbringen, in den bodenlosen Taschen von Spekulant mit Baugründen und Baumaterialien verschwinden, wenn nicht rechtzeitig eingegriffen wird. Die Kommissionsarbeit vollstän-

dig verläßt; über Parlament noch die Deckungslosigkeit haben zu ihr auch nur das geringste Zutragen.

Die Referent macht auf das riesige Anwachsen von Notunterkünften im Laufe der Krise aufmerksam. Während im Jahre 1930 in 104 größeren Städten 2650 Familien mit 9000 Köpfen in Notunterkünften untergebracht waren, erhöhte sich diese Zahl seitdem auf 19.915 Familien mit 82.029 Angehörigen. Für diese Familien zu sorgen, wird die erste Aufgabe des Gesetzes sein.

Auch nach dem Kapitel VI kann der Bau von Siedlungshäusern für Arbeitslose oder Hilfsarbeiter sehr gefördert werden. Leider wurde ein großer Teil der Gelder, die Staat und Gemeinden für Bauzwecke aufbringen, in den bodenlosen Taschen von Spekulant mit Baugründen und Baumaterialien verschwinden, wenn nicht rechtzeitig eingegriffen wird. Die Kommissionsarbeit vollstän-

dig verläßt; über Parlament noch die Deckungslosigkeit haben zu ihr auch nur das geringste Zutragen.

Die Referent macht auf das riesige Anwachsen von Notunterkünften im Laufe der Krise aufmerksam. Während im Jahre 1930 in 104 größeren Städten 2650 Familien mit 9000 Köpfen in Notunterkünften untergebracht waren, erhöhte sich diese Zahl seitdem auf 19.915 Familien mit 82.029 Angehörigen. Für diese Familien zu sorgen, wird die erste Aufgabe des Gesetzes sein.

hätte hier Gelegenheit, eine große Erlebensarbeit zu leisten, wenn sie es zuzugestünde, die deutschen Unternehmer zur Aufnahme von Kriegsbeschädigten zu veranlassen. Damit würde die SDP dem Begriff Volksgemeinschaft erst einen wirklichen Inhalt geben!

Auch untererzählt wurde in den Ausschussberichten untererzählt, das Wort „Krieg“ aus der Vorlage zu eliminieren, das heißt einen Rechtsanspruch auf die Rentenerhöhung zu statuieren, doch ist dies nicht gelungen.

Das liegt keinesfalls an einem Mangel an Verhandlungsbereitschaft der Kriegsinvaliden untererzählt, sondern eben an den gegebenen Machtverhältnissen. Jene Kriegsbeschädigten, die voriges Jahr am 19. Mai die SDP anregten, mögen sich die Frage vorlegen, ob es gut war, so viele leere Stimmzettel abzuschreiben, und mögen die Fehlerquelle nicht bei uns, sondern bei sich selbst suchen!

Wir haben um den Inhalt dieses Gesetzes gekämpft, wir streben zu ihm trotz mancher Schönheitsfehler, die es haben mag. Es wird manche Not lindern und manches Unrecht beseitigen, und stellt deshalb eine Tat für die Kriegsbeschädigten dar. (Beifall.)

Gezielte mit der Vorlage wurde eine Koalitionsresolution angenommen, die fordert, daß die Regierung nach Ablauf eines Jahres über die Erfahrungen bei der praktischen Durchführung des Gesetzes berichtet und einen neuen Gesetzentwurf vorlege, wozu über die Gesetze um Rentenerhöhung das zuständige Landesamt für Kriegsbeschädigtenfürsorge entscheiden und die Grenze von 50 Prozent Invalidität als Voraussetzung für die Erlangung einer Rentenerhöhung beseitigt werden soll.

Eine gleichfalls angenommene Resolution von Tauß fordert, daß das Ministerium ehestens einen Bericht über den Stand der Kriegsbeschädigtenfürsorge überhaupt erstatte.

Bilige Wohnungen für die Armen

Die Debatte über die Wohnungsvorlage eröffnet

Gegen Abend tritt das Parlament noch zur Verhandlung der beiden Gesetze über die Pauschalzahlung und den Mietererschutz.

Zur Bauförderung referierte Langr (Hö. Rat., Soz.) zunächst über die vom Ausschusse vorgenommenen Änderungen. Das Hauptgewicht legte er auf Kapitel V, das den Gemeinden den Bau von Wohnflächen für Arme ermöglicht, ohne daß sie außer dem Baugrund eigene Mittel zur Verfügung stellen müßten. In diesen Häusern wird der Preis nicht mehr als zwei Prozent des gesamten Bauaufwandes betragen, so daß wirklich billige Wohnungen für Arme erstellt werden können.

Der Referent macht auf das riesige Anwachsen von Notunterkünften im Laufe der Krise aufmerksam. Während im Jahre 1930 in 104 größeren Städten 2650 Familien mit 9000 Köpfen in Notunterkünften untergebracht waren, erhöhte sich diese Zahl seitdem auf 19.915 Familien mit 82.029 Angehörigen. Für diese Familien zu sorgen, wird die erste Aufgabe des Gesetzes sein.

Auch nach dem Kapitel VI kann der Bau von Siedlungshäusern für Arbeitslose oder Hilfsarbeiter sehr gefördert werden. Leider wurde ein großer Teil der Gelder, die Staat und Gemeinden für Bauzwecke aufbringen, in den bodenlosen Taschen von Spekulant mit Baugründen und Baumaterialien verschwinden, wenn nicht rechtzeitig eingegriffen wird. Die Kommissionsarbeit vollstän-

dig verläßt; über Parlament noch die Deckungslosigkeit haben zu ihr auch nur das geringste Zutragen.

Die Referent macht auf das riesige Anwachsen von Notunterkünften im Laufe der Krise aufmerksam. Während im Jahre 1930 in 104 größeren Städten 2650 Familien mit 9000 Köpfen in Notunterkünften untergebracht waren, erhöhte sich diese Zahl seitdem auf 19.915 Familien mit 82.029 Angehörigen. Für diese Familien zu sorgen, wird die erste Aufgabe des Gesetzes sein.

Auch nach dem Kapitel VI kann der Bau von Siedlungshäusern für Arbeitslose oder Hilfsarbeiter sehr gefördert werden. Leider wurde ein großer Teil der Gelder, die Staat und Gemeinden für Bauzwecke aufbringen, in den bodenlosen Taschen von Spekulant mit Baugründen und Baumaterialien verschwinden, wenn nicht rechtzeitig eingegriffen wird. Die Kommissionsarbeit vollstän-

dig verläßt; über Parlament noch die Deckungslosigkeit haben zu ihr auch nur das geringste Zutragen.

Die Referent macht auf das riesige Anwachsen von Notunterkünften im Laufe der Krise aufmerksam. Während im Jahre 1930 in 104 größeren Städten 2650 Familien mit 9000 Köpfen in Notunterkünften untergebracht waren, erhöhte sich diese Zahl seitdem auf 19.915 Familien mit 82.029 Angehörigen. Für diese Familien zu sorgen, wird die erste Aufgabe des Gesetzes sein.

Auch nach dem Kapitel VI kann der Bau von Siedlungshäusern für Arbeitslose oder Hilfsarbeiter sehr gefördert werden. Leider wurde ein großer Teil der Gelder, die Staat und Gemeinden für Bauzwecke aufbringen, in den bodenlosen Taschen von Spekulant mit Baugründen und Baumaterialien verschwinden, wenn nicht rechtzeitig eingegriffen wird. Die Kommissionsarbeit vollstän-

dig verläßt; über Parlament noch die Deckungslosigkeit haben zu ihr auch nur das geringste Zutragen.

Die Referent macht auf das riesige Anwachsen von Notunterkünften im Laufe der Krise aufmerksam. Während im Jahre 1930 in 104 größeren Städten 2650 Familien mit 9000 Köpfen in Notunterkünften untergebracht waren, erhöhte sich diese Zahl seitdem auf 19.915 Familien mit 82.029 Angehörigen. Für diese Familien zu sorgen, wird die erste Aufgabe des Gesetzes sein.

Auch nach dem Kapitel VI kann der Bau von Siedlungshäusern für Arbeitslose oder Hilfsarbeiter sehr gefördert werden. Leider wurde ein großer Teil der Gelder, die Staat und Gemeinden für Bauzwecke aufbringen, in den bodenlosen Taschen von Spekulant mit Baugründen und Baumaterialien verschwinden, wenn nicht rechtzeitig eingegriffen wird. Die Kommissionsarbeit vollstän-

dig verläßt; über Parlament noch die Deckungslosigkeit haben zu ihr auch nur das geringste Zutragen.

MÄNNER, FRAUEN UND WAFFEN

Roman von Manfred Georg

Copyright by Dr. Manfred Georg, Prag

Da mein Vater schon längst verschollen war und alle Welt annahm, daß er irgendwo in Kurland in einem verschlammten Schützengraben umgekommen sei, wurden wir drei Geschwister durch ein Genfer Komitee für Kriegswaisen in verschiedene Länder untergebracht. Es gab damals eine Anzahl braver Leute bei den Neutralen, die sich erbotig machten, Kinder aufzunehmen, ja zu adoptieren. Ich kam zu einem sehr freundlichen, alten Apotheker-Chepar hierher nach Limes. Mein Gott, jetzt sind die beiden Leutchen auch schon tot. Sie hatten nicht viel, aber genug, daß sie mich etwas lernen lassen konnten.

Die sanfte, klare Stimme Gabrielles tat Schumann wundervoll wohl. Er hatte gedacht, er würde in tausend Feuern aufbrennen, das Mädchen an sich reihen, mit glühenden Äpfeln bedecken, vielleicht gar eine noch pathetischere Szene spielen. Jetzt, da er nach dem ersten Kennzeichen sich alle anderen mühsam an Gedächtnis zurückzufinden bemühte, und diese fremde Dame da noch nicht mehr war als eine ferne Verwandte, tauchten nacheinander allerhand Annahmen und Bedenken auf, die sich vor den Ausbruch seines Jubels legten. Er traf ja kein Kind, das man mit einem Scherz vom Boden hochnehmen konnte, sondern einen gereiften Menschen, der offenbar ganz sicher auf seinen Füßen stand und ein festes Selbstbild hatte.

Ein dumpfes Grollen ließ sie beide auffahren. Es wurde, allerdings sehr weit entfernt, geschossen, und zwar war es Artillerie.

„Kanonen“, sagte Schumann. Gabriele wurde blaß:

„Schon? Wir dachten, sie würden später eintreffen. Unsere Vertrauensleute beim Regiment hatten Sabotage versprochen. Und Madrierer Truppen können es noch nicht sein. Wahrscheinlich hat man doch die Geschütze aus Oviedo noch rechtzeitig herausgebracht. Nun also, so werden wir eben kämpfen.“

„Aber die Stadt wird doch in Grund und Boden geschossen. Was hat denn das für einen Sinn?“

„Ich will Ihnen etwas sagen, mein Herr: Mein Vater war Offizier. Ich liebte ihn deshalb nicht, ich weiß auch kaum etwas von ihm. Nur, daß er manchmal, wenn er auf Urlaub kam, uns auf die Pferde setzte und in die Schwemme ritt. Aber Offizier kommt von officium. Ein Offizier ist ein Mann, der die Pflicht erfüllt und ein Beispiel gibt, und wir hier in Limes sind für viele dumpe Millionen Russen in der Welt alle Offiziere. Wir werden kämpfen um des Weltfriedens willen. Von meinen Hühner-Eltern habe ich das Wissen um die Menschen, um ihre vielen Schwächen und ihre bizzen Güte und die Liebe zu ihnen. Ich denke, daß ich das Kampfenwollen von meinem Vater habe. Schade, daß ich auch gegen ihn gekämpft hätte!“

„Ja, aber um Gotteswillen, wieso denn?“

Wie liebenswert, ernst und gesammelt sie da sah im trüben Licht der Lampe, in diesem einfachen, streng geschmittenen Kleid, schmutzlos und doch von innen her leuchtend bewegt. Blühschnell tauchten vor Schumann die Gesichter von Dunamir, Makropoulos, Griebles auf und sah erschien ihm visionär daneben das seine.

Es würgte ihn etwas in der Kehle, als sie sagte:

„Und doch wird das alles auf lange Zeit hin noch unsonst sein. Weil es ja nicht die Völker sind und auch nicht die Könige, sondern die Schurken, die an unserm Blute verdienen. Ich habe neulich in einer Pariser Zeitung ein sehr schönes Bild gesehen. Sie hatten es, glaube ich, abgedruckt aus einem Schweizer Blatt: da war eine riesige,

dämonische, dicke Gestalt darauf, der aus allen Taschen Kanonen und Bajonette starrten, und vor ihr stand mit anlagend erhobenerm Arm ein einfacher Mann, barhäuptig und wehenden Haars, der rief: „Solange Ihr nicht diesen da besiegelt, sprecht nicht vom Frieden.“ Und dieser da, das war der Gott der Rüstungsindustrie, der wirklich ein Gott ist, denn er ist ohne Leidenschaften. Er verteilt seine Güter gleichmäßig an alle, wenn sie nur zahlen! Wir konnten ihm nichts abkaufen, ihm kein Geldopfer anzubringen, also treibt er den Rauch seines Unwillens aus Kanonenschlünden und Gasgeschützen gegen uns. Oh, ich könnte von all diesen feinen Herren, die zu Hause Kaffee trinken und ihre Kinder schon in den Windeln psychanalytisch lassen, damit ihnen ja kein Bindchen um die Nase wehe, nur mit Caligula sagen: „Wenn sie doch alle zusammen einen Hals hätten, damit ich ihn durchschneiden könnte.“ Aber nun genug.“

Gabriele hand auf: „Ich muß mich um meine Leute kümmern. Von Ihnen kann ich nur sagen, daß Sie Recht gehabt haben, hierher zu kommen. Unter Umständen werden Sie sich Ihre Bücher, die Sie brauchen, unter den Trümmern der Bibliothek herausfinden müssen.“

Sie packte ihre Sachen zusammen, Wüste die Lampe und begleitete Schumann hinaus. Er wollte noch etwas sagen, aber seine Kehle war wie zugeschnürt. Draußen auf dem Korridor begann er etwas zu flöteln, schweig dann aber verstummte. Sie blühte ihn erkannt an und verabschiedete sich kurz.

„Wann kann ich Sie wiedersehen“, fragte er hastig.

„Vielleicht morgen, vielleicht übermorgen, vielleicht...“

Er schnitt ihr die Rede ab, und zwar so festig, daß sie ihn befremdet ansah: „Was ist denn aus Ihren Gesichtszügen geworden?“ Sie zeigte einen Augenblick:

„Von Thessa, meiner kleinen Schwester, weiß ich nichts. Auch nicht von meinem Bruder Rudolf.“

Keine Ahnung. Was sollte das übrigens auch sein, ob wir uns verstanden!“

Kaum war sie auf die Straße getreten, da war sie schon von Leuten umringt, die hastig auf sie einsprachen. Schumann lehnte verloren an der Mauer des Hauses und sah ihr nach, wie sie auf rechten Schritten zwischen den hastig gestikulierenden Bewaffneten davonging.

Die Nacht verging für Schumann in schwerem Zweifel. Seine Freude hatte einer großen Unsicherheit Platz gemacht. Er schlief nicht, sondern sah am Fenster und starrte in die schielwinklige Gasse hinaus, auf der es keinen Augenblick ruhig wurde. Es schien, als ob die Stadt ebensowenig schlafen ginge wie er. Aus dem offenen Fenster eines benachbarten Hauses donnerte ein Radio alle fünf Minuten Nachrichten vom Verlauf des Aufstandes heraus. Es waren für die Leute von Limes niederschmetternde Nachrichten: Barcelona hatte kapituliert. Noch nicht vierundzwanzig Stunden lang hatte sich dort die Regierung Compans gehalten. Kein Wunder, dachte Schumann gequält, die Waffen waren rechtzeitig ausgelassen worden. Seine und Dunamis Arbeit war gut gewesen. Die Regierung in Madrid drohte schwere Strafen an, forderte alle zur Übergabe auf. Feindselige, höhnische Kurse flogen von der Straße zu dem Radio hinaus. Aber man zertrümmerte den Apparat nicht. Die Eier und Reagier zu hören, was sonst im Lande los war, überzog.

Am Morgen schlief Schumann ein paar Stunden. Die Stadt zeigte erträglichweise ein ruhigeres Aussehen als gestern. Die Läden waren wieder geöffnet, Zeitungen wurden verkauft, vor den Schänken saßen die zu den ausländischen übergegangenen Soldaten und ließen sich als Helden feiern. Die treu geliebten Truppen hatten sich rings um die Stadt verschanzt und warteten Verstärkungen ab.

(Fortsetzung folgt.)

Sudetendeutscher Zeitspiegel

Gegen Verdächtigungen der Sozialkommissionen

Genosse Lorenz antwortete in der böhmischen Landesvertretung auf gewisse Angriffe, die gegen die Gemeinde- und Bezirks-Sozialkommissionen erhoben wurden. Er sprach in diesem Zusammenhang auch über die Notwendigkeit, die Auslegung der Richtlinien für die Ernährungsaktion, welche unter dem Einfluss der Verwaltungsbehörden zu Unzulänglichkeiten geführt hat, zu vereinheitlichen. Wir führen aus der Rede an:

Bei der Arbeitslosenfürsorge kommt es nicht nur darauf an, was gegeben wird, sondern auch wie man es gibt. Das gilt vor allem für die Durchführung der staatlichen Ernährungsaktion. Im Jahre 1934 wurden über 300.000.000 Kč dafür ausgegeben. Von gewisser Seite wird immer wieder der Vorwurf erhoben, daß hier nicht objektiv vorgegangen werde, daß die durchführenden Organe, die Sozialkommissionen, nicht mehr das Vertrauen der Bevölkerung genießen. Das ist entschieden unrichtig. Man vergißt, daß in den Sozialkommissionen ja nicht Vertreter politischer Parteien sitzen, sondern Vertreter der Arbeitnehmer und auch Vertreter der Arbeitgeber, daß diese Sozialkommissionen eben beratende Körperschaften sind. Man scheint nicht zu wissen, daß zum Beispiel Gemeinde-Sozialkommissionen überhaupt nicht darüber zu entscheiden haben, wer in die staatliche Ernährungsaktion aufgenommen wird oder nicht, daß hierüber einzeln und allein die Bezirkssozialkommissionen entscheiden und die Bezirkssozialkommissionen werden von einem Beamten der Bezirksbehörde geleitet. In den Bezirkssozialkommissionen sitzt der Beamte, der Vertreter des Steueramtes und ich kann aus eigener Erfahrung sagen — ich gehöre einer solchen Bezirkssozialkommission an — daß mit der größten Gewissenhaftigkeit vorgegangen wird, daß keine Parteilichkeit vorkommt, daß ein Arbeitsloser wie der andere ohne Unterschied der Nation und der parteipolitischen Zugehörigkeit behandelt wird. Es ist richtig, jede Arbeitslosenfürsorge soll entpolitisiert werden. Das gilt aber auch für die private Arbeitslosenfürsorge. Die Arbeitslosen dürfen niemals Objekte irgendeiner politischen Propaganda werden. Aus Erfahrung kann ich sagen, daß zum Beispiel die Konsumvereine bei der Einlösung der Lebensmittelkarten nicht das größte Kontingent haben. Der größte Teil der Arbeitslosen, die in einer Genossenschaft nicht angedrungen können, müssen ihre Lebensmittelkarten bei privaten Kaufleuten zur Einlösung bringen. Die Ernährungsaktion löst draußen Unzufriedenheit aus, die einfach darin begründet ist, daß der Betrag, der gegeben wird, unzureichend ist. Es spielt aber auch die Auslegung der Richtlinien des Ministeriums für soziale Fürsorge eine Rolle. Diese Verschiedenheiten sollten einmal beseitigt werden. Man muß daran denken, daß ein großer Teil der Arbeitslosen, vor allem die jugendlichen Arbeitslosen, überhaupt davon ausgeschlossen sind. Wie groß die Zahl der Ausgeschlossenen ist, kann ich selbst nur aus meinem Gebiet, aus Nordwestböhmen, angeben. Die Zahl der Arbeitslosen in den Bezirken Teplice, Zug, Brüx, Komotau, Saaz, die aus irgend einem Grunde in der Ernährungsaktion nicht geführt werden, meist aber aus dem Grund, weil in der Familie ein Mitglied ein kleines Einkommen hat, beträgt rund 9000? Wir stellen also von dieser Stelle aus wieder das Verlangen, daß man bei der Durchführung dieser staatlichen Ernährungsaktion, die ja sehr umfangreich ist, so vorgehe, damit bei den Arbeitslosen das Gefühl der Verbitterung nicht aufkommen kann.

Wir unterbreiten schließlich einen Antrag, der folgenden Wortlaut hat: Der Landesausführer wird ersucht, bei der Durchführung von Straßenbauten im Sinne des der Landesvertretung vorgelegten Beschlusses, die von der Wirtschaftskammer am schwersten betroffenen Gebiete an erster Stelle zu berücksichtigen.

Die Saatgutaktion für die Notstandsgebiete

die mit Regierungsverordnung Nr. 48 vom 11. März verlaublich wurde, ist mit drei Wochen befristet. Jeder Landwirt, der sich um Zuteilung von Saatgut bewerben will, muß daher seine Anmeldung bis Ende März einem Kommissär der Getreidegesellschaft, der in der betreffenden Gemeinde das Ausnahmefürsorgeamt, gegen Befristung übergeben.

Für die obligatorische Unfallversicherung der Bezirksstraßenwärter

Im Laufe der letzten Jahre hat es sich wiederholt ereignet, daß Straßenwärter in Ausübung ihres Dienstes das Opfer von Verkehrsunfällen geworden sind. Die Verhältnisse auf unseren Straßen haben sich durch den rapid zunehmenden Autoverkehr gewaltig verändert. Es sind bereits Fälle vorgekommen, in welchen Straßenwärter in Ausübung ihres Dienstes durch Kraftwagen getötet wurden und auch andere Fälle, in welchen der Straßenwärter zwar nicht tödlich verunglückt, aber durch Autounfälle körperlich beschädigt worden ist. Es ist daher bezeichnend, daß in den Reihen der Bezirksstraßenwärter der Wunsch laut wurde, daß die Bezirksstraßenwärter in die Pflichtversicherung gegen Unfälle einbezogen werden mögen.

Diesem Wunsch will ein Antrag Rechnung tragen, welchen der Landesvertreter Dr. Otto Hahn (Reichenberg) in der böhmischen Landesvertretung eingebracht hat. In diesem Antrage wird darauf hingewiesen, daß in der Slowakei und Karpathorubland die Straßenwärter der Unfallversicherung bereits unterliegen, während in Böhmen und Mähren-Schlesien dies noch nicht der Fall ist. Die Frage der Einbeziehung der Straßenwärter in die Unfallversicherung bildet so einen Teil des Problems der Ausfüllung der Unfallrechtsnormen. Der Antragsteller verlangt die Verlage eines Berichtes an die Landesvertretung, wie weit die Vorarbeiten zur Einführung der obligatorischen Unfallversicherung der Bezirksstraßenwärter gediehen sind.

Um die Landesanstalt für Lungentränke. Das Organ der Sudetendeutschen Partei, die „Zeit“, regt sich darüber auf, daß die deutschen sozialdemokratischen Landesvertreter für die Errichtung der Malars-Lungenheilstätte in Schwarz-Kosteletz gestimmt haben. Nun zu zeigen, wie die „Zeit“ aus ihrer Unwissenheit einen Schlagern machen will, sei folgendes erzählt: Zum 80. Geburtstag des Präsidenten Masaryk hat die Landesvertretung beschlossen, eine große Kranianstalt für Lungentränke zu errichten. Diese Anstalt sollte ursprünglich im Böhmerwald gebaut werden. Das rauhe Klima dort war aber nach Ansicht ärztlicher Autoritäten für eine solche Anstalt nicht geeignet, weshalb man im Anschluß an eine bereits bestehende Lungenheilstätte in Schwarz-Kosteletz die neue Anstalt errichten wird. Diesen Beschluß hat der Landesausführer gefaßt, ohne daß die beiden der Sudetendeutschen Partei angehörigen Landesausführer Dr. Fühl und Keil dagegen auch nur ein Wort gesagt haben. Die beiden genannten Landesausführer besitzen haben auch nicht dagegen gestimmt. Der einstimmige Beschluß des Landesausführers kam nun in die Landesvertretung. Dort stellte nun ein sudetendeutscher Landesvertreter den Antrag, die Lungenheilstätte möge bei Pilsen errichtet werden.

Weißböhmen errichtet werden. Dort heißt das Land nämlich Grundstücke, die aber für die Errichtung einer Anstalt für Geisteskränke bestimmt waren und die deutschen Sozialdemokraten haben bereits in der früheren Landesvertretung den Antrag gestellt, diese Anstalt möge dort errichtet werden. Die Grundstücke eignen sich nun nach Ansicht aller in Betracht kommenden Fachleute wohl für die Errichtung einer Irrenanstalt, nicht aber für eine Lungenheilstätte. Das wußten auch die beiden der Sudetendeutschen Partei angehörigen Landesausführer und deshalb haben sie im Landesausführer einen solchen Antrag nicht gestellt. In der Landesvertretung freilich hat nun einer ihrer Leute den Antrag gestellt, obwohl er wußte, daß dieses Projekt undurchführbar sei.

Kinderwegelager in Karlsbad. Als der Beamte Josef Weich der Karlsbader Bach- und Schließgesellschaft sich in der Nacht auf Mittwoch auf einem Dienstgange im Schloßbergviertel befand, stieß er in der Nähe der Villa „Besna“ auf der Treppe zum Schloßberg auf ein Bündel, in welchem sich, wie Weich feststellen konnte, ein Säugling befand. Der Beamte brachte seinen eigenartigen Fund in die zunächst liegende Wache im Hause „Hans Sachs“, woselbst man den Säugling untersuchte und feststellte, daß es sich um ein Anablen im Alter von 3 bis 4 Wochen handelte, dessen Körper vor Kälte dunkelrot angelaufen war. Während der Wacht Kommandant



eine Untersuchung des Geländes um den Hundort herum anordnete, weil angenommen wurde, daß sich dort noch die Mutter des weggelegten Kindes befinden könnte, wurde ein Wächter in eine nahe gelegene Gastwirtschaft und in die nächste Apotheke geschickt, damit er Milch und einen Gummischlüssel erhalte. In dem Stiefchen entdeckte der Polizeibeamte einen Zettel mit folgendem Wortlaut: „Helfen Sie einer verzweifeltten Mutter, die nicht weiß, wo sie ihr Kind hingeben soll, da sie von den Eltern verstoßen wurde. Geben Sie das Kind ins Kinderheim nach Modisfort, wo ich es in sechs bis acht Wochen abholen werde.“ Mittwoch vormittags wurde das Kind zur Pflege ins Karlsbader Krankenhaus gebracht. Die Erhebungen nach der Kindermutter wurden eingeleitet, ohne bisher zu einem Erfolg geführt zu haben.

Die schlappende Altenerledigung. Genosse Dr. Hahn hatte in der Landesvertretung Klage darüber geführt, daß Angelegenheiten der öffentlichen Angestellten, welche in die Kompetenz der Abteilung 2 fallen, trotz des besten Willens der Referenten infolge der ungeheuren Mühseligkeit nicht erledigt werden können. Der Landesprüs-

Neue Aenderungen?

London. (Reuter.) Der Abkommensentwurf der vier Locarnomächte wurde verschiedenen Aenderungen unterzogen. Die Bestimmungen über die internationale Polizei in der französisch-deutschen Grenzzone und die französische Forderung, daß die deutschen Truppen aus der entmilitarisierten Rheinlandzone abberufen werden sollen, wurden, wie es heißt, aus dem Projekt gestrichen. Die Franzosen, welche ihre Einwilligung zu der Streichung der Forderung nach einer Abberufung der deutschen Truppen aus der entmilitarisierten Zone gaben, hoffen, daß sich Deutschland verpflichten wird, den Zustand wieder herzustellen, wie er vor der militärischen Besetzung dieses Gebietes war, wenn der Anspruch des Haager Gerichtshofes für die Franzosen günstig sein wird. Das Abkommensprojekt, das sehr umfangreich ist, schlägt auch, wie der Reuterberichterstatter erfährt, die Einberufung einer internationalen Konferenz vor, welche folgende Punkte behandeln würde: 1. Die deutschen Friedensvorschläge einschließlich der mitteleuropäischen Probleme. 2. Die Abrüstung. 3. Wirtschaftliche Probleme.

Nachwahl-Erfolg der Labour-Party

London. (Reuter.) Bei den Ergänzungswahlen in das Unterhaus im Bezirk Dumfries in Schottland wurde der Labourkandidat Thomas Cassell mit 20187 Stimmen gewählt. Der konservative Kandidat erhielt 19.203, der schottische nationalistische Kandidat Robert Gray 2503 Stimmen. Der Labourkandidat siegte demnach mit einer Mehrheit von 984 Stimmen. Die letzte konservative Mehrheit betrug 4097 Stimmen.

London. (Reuter.) Der Dreizehner-Ausschuß tritt Freitag, um 15.30 Uhr zusammen.

Brüssel. (AP.) Der belgische Reichverband hat unter dem Eindruck der letzten politischen Ereignisse den für diese Tage vorgeesehenen Länderkampf gegen Deutschland abgelehnt.

Paris. (AP.) Die außenpolitische Situation führt zu Gerüchten innerhalb der französischen Verbände. Die „Action Française“ klagte in einer Kundgebung die Francisten an, daß sie und ihr Führer Bucard im Solde Hitlers ständen.

den reagierte darauf mit der Mitteilung, daß am 15. März nur 138 derartige unerledigte Akten in der genannten Abteilung waren, so daß diese Beschwerden unbegründet seien. Man wird sich nun fragen müssen, wo nun eigentlich die Schuld an dem tatsächlich vorhandenen neuen Mißstand der langwierigen Altenerledigung liegt.

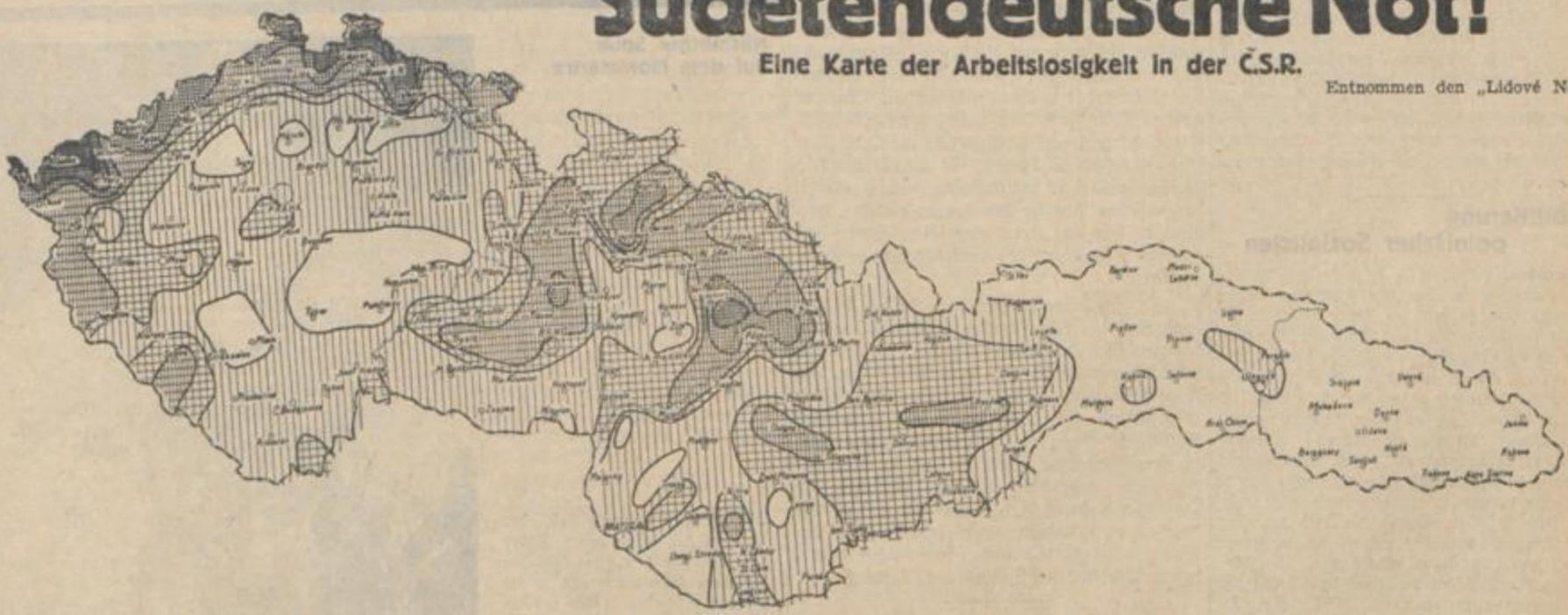
Die Landesvertretung für Böhmen hat Donnerstag ihre Frühjahrsession geschlossen. Es wurde die ganze umfangreiche Tagesordnung der Verhandlungen erledigt und zum Schluß eine Reihe von Initiativanträgen dem Landesausführer oder den entsprechenden Landeskommissionen zu gewiesen.

In demselben Sinn wie Genosse Lorenz sprach auch Genosse Kovu, welcher in eingehender Weise die Verhältnisse in Weißböhmen schilderte.

Sudetendeutsche Not!

Eine Karte der Arbeitslosigkeit in der Č.S.R.

Entnommen den „Lidové Noviny“.



Der mährische Landesausführer hat eine Karte anfertigen lassen, auf welcher die Dichte der Arbeitslosigkeit in der Tschechoslowakischen Republik veranschaulicht ist. Die Absicht, von der sich die Mährische Landesbehörde dabei leiten ließ, war zu zeigen, daß Mähren viel stärker von der Arbeitslosigkeit befallen ist als Böhmen. Aus der Karte ist aber auch zu ersehen, daß die Hauptlasttragenden der Arbeitslosigkeit Sudetendeutsche sind, insbesondere auf der Karte von Böhmen sieht man, daß sich das Gebiet der größten Arbeitslosigkeit fast völlig mit dem deutschen Sprachgebiet deckt.

Bericht aus Wuppertal

Mordkommando Wecke wieder an der Arbeit

Eine am 7. März nach Wuppertal entsandte Delegation, bestehend aus einem Arzt, einer Frau und einem Gewerkschaftsfunktionär, erhaltete nach ihrer glücklichen Rückkehr aus dem Dritten Reich Bericht über ihre Erlebnisse. Danach sind gleichzeitig mit den riesigen Truppentransporten, die das Rheinland besetzten, dreihundert Angehörige des berühmten Kommandos Wecke „zur besonderen Verwendung“ nach Wuppertal gekommen. Bei ihrem Eintreffen in Wuppertal gelang es der antifaschistischen Delegation in Fühlung zu kommen mit Angehörigen der verschiedensten Bevölkerungsschichten. So erfuhr man, daß bei dem am Montag, den 2. März 1936, begonnenen neuen Prozeß gegen 99 Angeklagte das Gerichtsgebäude in Wuppertal-Eberfeld bereits um 1/4 vor 5 Uhr von einer gewaltigen Menschenmenge umlagert gewesen sei. Um 7 Uhr erschienen dann mehrere Ueberfallkommandos der Polizei, die unter Anwendung der brutalsten Gewalt die Menge auseinander trieb und das Gerichtsgebäude in weitem Umkreis absperrten. Um 9 Uhr sind dann plötzlich aus der Gefängnisvorhalle mehrere Autos mit den Angeklagten in sehr schnellem Tempo zum Gerichtsgebäude gefahren. Die Angeklagten mußten blitzschnell aus dem Wagen springen und werden von Beamten im Lauffschritt in das Gebäude geigt. Zwei Tage darauf wurden die angeklagten Arbeiter unter ähnlichen Vorkehrungsmaßnahmen nach Hamm transportiert.

Wiederholt wurde die Delegation darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeiterviertel und bekannte Plätze und Lokale überwacht werden. Die Ueberwachung wird besonders streng seit dem 2. März durchgeführt, und zwar, wie ein SA-Mann berichtete, durch das Kommando Wecke. Derselbe SA-Mann erzählte auch, daß bestimmte Leute den Auftrag bekommen hätten, sich an die Frauen und Töchter der Verhafteten heranzumachen, um sie auszuwachen, ob sie Unterstützung von ihren politischen Freunden erhalten. Die Tatsache der Entsendung von 300 Wecke-Beamten vom Kommando Wecke und die versuchte Auswachtung der Familien der Verhafteten und Angeklagten läßt den Schluß zu, daß eine neue grausame Terrorwelle in Wuppertal bevorsteht. Zu den 13 im Vorverfahren im vergangenen Jahre Erhängten werden wohl bald neue Opfer kommen.

Vor der neuen Offensive Wieder Gasbomben als Kulturgrübe

London. (Reuter.) Wie Nachrichten aus abessinischen Quellen besagen, dauert das heftige Artilleriefeuer an beiden Fronten an, und in einem Telegramm des Reuter-Korrespondenten aus Gharra wird mitgeteilt, daß die Italiener an der Gaden-Front eine ungewöhnlich lebhafte Tätigkeit zu entfalten beginnen. Diese neue Belebung der Kriegstätigkeit hat nach dem Aufhören der Regenfälle im Gebiete von Gaden eingeleitet und in Addis Abeba ist man der Ansicht, daß General Graziani nunmehr eine breit angelegte Offensive gegen die Städte Dschibbana und Gharra einleitet und den Versuch unternimmt, mit Hilfe seiner schnellen motorisierten Kolonnen die Eisenbahnstrecke nach Dschibbana zu erreichen. Die Städte Daggabour und Salsabaneh wurden neuerlich von italienischen Flugzeugen bombardiert. Auch in ernsthaften Kreisen wird erklärt, daß die Offensive des Generals Graziani gegen die Armee des Ras Roffia in nächster Zeit einsetzen werde.

Ein offizielles Kommuniqué der abessinischen Regierung besagt, daß Donnerstag früh eine italienische Flugzeug-Escadrille neuerlich drei Stunden hindurch die Stadt Suoram bombardiert habe, wobei zahlreiche Sidsa-Boomben abgeworfen wurden. Am Nachmittag sei es zu einer neuerlichen Bombardierung gekommen. Von diesem Gasangriff wurden jedoch nur sehr wenige Personen betroffen, da ein Großteil der Bevölkerung aus der Stadt geflohen war und auch annähernd hundert Verwundete, die in Suoram und Umgebung behandelt wurden, in Sicherheit gebracht werden konnten. In den letzten zwei Tagen wurden durch italienische Flugzeuge mehr als 1000 Bomben abgeworfen.

Rehabilitierung polnischer Sozialisten

Warschau. (Zsch. V.-V.) Vor dem Appellationsgerichtshof in Warschau fand eine Verurteilungshandlung in dem im Jahre 1930 durchgeführten Prozesse gegen fünf Mitglieder der polnischen sozialistischen Partei statt, die damals angeklagt waren, sich an angeblichen Vorbereitungen für ein Bombenattentat gegen Marschall Pilsudski beteiligt zu haben. In der ersten Instanz waren drei Angeklagte, darunter der bekannte polnische Unabhängigkeitskämpfer aus der Vorkriegszeit Jagodzinski zu Kerkerstrafen im Ausmaß von je einem Jahre verurteilt. Zwei andere Angeklagte wurden freigesprochen. Sowohl die Verteidiger der Verurteilten als auch der Staatsanwalt hatten Berufung gegen das Urteil eingebracht. Der Appellationsgerichtshof hat nunmehr das Urteil der ersten Instanz aufgehoben und alle Angeklagten freigesprochen. In der Urteilsbegründung wird festgestellt, daß für die Schuld der Angeklagten bezüglich der Teilnahme an einem angeblichen Attentat, das gegen Marschall Pilsudski vorbereitet wurde, jede Grundlage fehle.

Washington in Gefahr

Fünfhundert Arbeiter wurden eilends entsandt, um zum Schutze der Hauptstadt der Vereinigten Staaten, die von den Ueberflutungen ernstlich bedroht ist, einen Damm aus Sandsäcken zu errichten. Besondere Schutzmaßnahmen wurden in der Nähe des Weizen Hauses, dem Sitz der Regierung, getroffen. Die Hauptstadt gleicht einer in Verteidigungszustand versetzten Stadt. In Pittsburg haben die Ueberflutungen geradezu ein katastrophales Ausmaß angenommen. Die Warenhäuser, die Theater und die großen Geschäftsgebäude stehen bis zu drei Meter unter Wasser. Hunderte von Angehörigen sind in den Gebäuden eingeschlossen. Der gesamte Straßenbahnverkehr steht still. Das Kriegsamt hatte die kommandierenden Generale von sechs Armeekorps angewiesen, im Ueberflutungsgebiet Mannschaften zur Hilfeleistung zur Verfügung zu stellen. Der ganze Umfang der Ueberflutungsatastrophe läßt sich noch immer nicht übersehen. 38.000 Familien sind obdachlos. Die Zahl der Toten steigt dauernd und beträgt derzeit schon über hundert. Sämtliche zur Verfügung stehenden Kräfte, Krankenschwestern und Wärter aus den Krankenhäusern und Sanatorien jener Städte, die vom Hochwasser nicht betroffen sind, versammelten sich gestern früh morgens, um nach den Ueberflutungsgebieten zu fliegen.

Tagesneuigkeiten

„Prestige“

Stolz und Ehre sind vom Ausstrumpfen unabhängig; sie haben ihre unsichtbare, unzerstörbare Würde. Erst wenn der Stolz und die Ehre sich mit dem Machtbedürfnis und einer ewig hungrigen Geltungshucht, die sich nur an Kraftproben sättigt, paaren, entsteht Prestige, ein Zustand der Anspannung und Verkrampfung, der so fragwürdig ist wie das Wort. Es bedeutet, wie jedes einfache Fremdworterbuch zeigt, zunächst Zauber und Blendwerk und hängt mit der raschen Fingerfertigkeit der Taschenspielererei (Prestidigitateur) zusammen. Man müßte sich eigentlich wundern, wie diesem Wort eine so große Bedeutung in der Politik zukommt. Erst in weiterer Uebertragung erhält es den Sinn von: Ansehen.

Aber dieses Ansehen ist häufig nur so zu verstehen: Wie einer angesehen werden und auf die andern wirken möchte, nämlich unbedingbar stark und furchtgebietend. Im vertraulichen Kreis soll der Minister Goebbels jenseitig bekannt haben, die Befegung der Rheinlandzone sei ein gewagter Theatercoup. Ja, das Prestige gehört in die Scheinwelt des Theaters, der Gaukelei, es ist mitunter eine Sache der blitzschnellen, verblüffenden Aktion, die entweder hingenommen wird oder mißlingt, dem Teufel eines Zauber-künstlers nicht unähnlich.

Man kann das Prestige nicht nur so von der Wortwurzel her sehen. Im Machtfeld der Politik ist ohne Gewinn oder Einbuße an Geltung keine Entscheidung möglich. Man kann das vom höheren Standort der Religion und Philosophie, die das Recht des Stärkeren nicht anerkennen, beklagen. Aber wer in der Politik das Prestige eines Gegners, dessen Weltbild auf der Macht basiert, schon, der ist der Schwächere, und das Prestige nährt sich von und wächst an der Nachgiebigkeit der andern. Es belauert unablässig deren Schwäche und Konzessionsbereitschaft, es magt auf die Art der Spieler einen größeren Einsatz als die Partner, die so gezwungen sind, auch ihren Einsatz zu vergrößern. Es ist ein gefährliches und verhängnisvolles Spiel, fittlich ansehbar und nur gerechtfertigt, wenn das Prestige, das verteidigt und gewahrt werden soll, einen fittlichen Inhalt hat, also mehr ist als ein „Prestige“.

Was steht auf dem Spiel? Auf der einen Seite das harre Geltungsbedürfnis eines hochden Rationalismus, der aus innerpolitisch und persönlich bestimmten Rücksichten um keinen Preis einen begangenen Fehler und ein Unrecht einsehen und auch nur durch eine „symbolische Seite“ Genugtuung geben will. Denn es geht um das Führerprestige der Unfehlbarkeit. Auf der andern Seite steht das schützenswerte menschliche Bedürfnis nach der Unverletzlichkeit der Porträts und nach Sicherheit. Es braucht sich kein Weltgerichtshof zu konstituieren, um zu entscheiden, welchem Prestige der Vorzug gebührt, wie wohl es sehr gut wäre, eine solche oberste Instanz zu besitzen und das Schiedsgericht in Haag zu hören.

Die fürchtbar schwere Aufgabe des Völkerbundes ist, ein Prestige zum Nachgeben zu bewegen, ohne das Mittel anzuwenden, das früher in solchen Fällen das letzte Mittel war. Um es zu vermeiden, hat man dem Kompromiß den Weg geebnet. Es ist die Frage, ob ein so kompromißloser Geist, wie er Deutschland beherrscht, zu Zugeständnissen bereit ist und sie nicht der Gegenseite aufbürden möchte. Versteift sich Deutschland, dann ist das, was die andern unbedingbar zu verteidigen haben, kein Prestige, sondern ein Rechtsstand und ein fittlicher Wert, dessen Ansehen keine Schmälerung verträgt.

Aktuelle Nazi-Worte. Im Jahre 1925 ist der Nazi Herr Blicher, dem Krebs voraus-eilend, nach Deutschland überfiedelt und wurde natürlich sofort von Hitler übernommen und als Agitator losgelassen. 1925 hielt er auf der Rück-ertragung des deutschen Hochschulringes in

henbahnverkehr steht still. Das Kriegsamt hatte die kommandierenden Generale von sechs Armeekorps angewiesen, im Ueberflutungsgebiet Mannschaften zur Hilfeleistung zur Verfügung zu stellen. Der ganze Umfang der Ueberflutungsatastrophe läßt sich noch immer nicht übersehen. 38.000 Familien sind obdachlos. Die Zahl der Toten steigt dauernd und beträgt derzeit schon über hundert. Sämtliche zur Verfügung stehenden Kräfte, Krankenschwestern und Wärter aus den Krankenhäusern und Sanatorien jener Städte, die vom Hochwasser nicht betroffen sind, versammelten sich gestern früh morgens, um nach den Ueberflutungsgebieten zu fliegen.

Marienburg eine Rede, und dabei sprach er folgenden, heute besonders aktuellen Satz aus:

„Ja, wir sind Kriegsbeher: planmäßig und zielbewußt heben wir das deutsche Volk dem Kriege entgegen.“

Was damals nur als eine agitatorische Phrase, als ein rethorischer Analekett angesehen wurde, gestattete dennoch einen Einblick in die politischen Ziele der Nazi und ist heute, angesichts der jüngsten Ereignisse in Deutschland, zu einer ungeheuren Gefahr von höchster Aktualität geworden. Deshalb ist es gut, wenn solche Nazi-Worte der Vergessenheit entrissen werden.

Besondere Maßnahmen zur Verhütung von Unfällen marschierender Truppenteile. Mit Rücksicht auf die sich mehrenden, durch rasch fahrende Kraftfahrzeuge verursachten Unfälle marschierender Truppenteile hat das Innenministerium an alle Kraftfahrverbände und Vereine ein Rundschreiben erlassen, worin die Autolenker zur größten Vorsicht bei der Begegnung mit marschierenden Truppenteilen oder sonstigen Umzügen angehalten werden. Bei solchen Begegnungen ist die Gefährlichkeit des Kraftwagens auf das niedrigste Maß herabzusetzen, bzw. muß das Auto überhaupt angehalten werden. Gleichzeitig werden die Sicherheitsbehörden beauftragt, besonders jene Straßen und Gassen in verkehrsreichen Hinsicht zu kontrollieren, durch welche gewöhnlich Truppenteile marschieren. Diese Straßen und Gassen sind auch, sofern dies noch nicht geschehen ist, besonders kenntlich zu machen. Schließlich teilt das Innenministerium mit, daß die Nichtinhaltung dieser besonderen Vorsichtsmaßnahmen in Zukunft exemplarisch bestraft werden wird.

Arbeiterzug entgleist. Dienstag abends entgleiste in der Station Kofelec na Hané aus mitternachtslicher Ursache ein Arbeiterzug, wobei das Getriebe, die Lokomotive und die drei ersten Personenzüge bedeutend beschädigt wurden. Mehrere Personen erlitten leichtere Verletzungen, meistens Hautabschürfungen. Ernstere Folgen aus der Unfall nicht nach sich.

Ein unglücklicher Schuß und ein fingiertes Unglück. Die Sezierung der Leiche des Bauern Jan Szolymos aus Malá Dobrá im Bezirke Mhorod, der unweit der Gemeinde Teglás von seinem eigenen Wagen überfahren aufgefunden und schwer verletzt in das Mhoroder Krankenhaus geschafft wurde, wo er starb, hat ein überraschendes Moment zutage gefördert. Die Ärzte fanden nämlich in dem Kopfe Szolymos' eine Revolverkugel, welche die tödliche Verletzung verursachte. Szolymos brachte einem Schützenzeiger in Dobron Waren auf den Markt in Michalovec. Mit ihm auf dem Wagen fuhren drei Lehrlinge, welche während der Fahrt mit den ihnen anvertrauten Revolvern spielten. Ein zufällig losgegangen Schuß traf Szolymos und verletzte ihn offenbar schwer, worauf die Lehrlinge ihr Schuld dadurch zu maskieren versuchten, daß sie

Verband der Gewerbetreibenden und Kaufleute

in der CSR. (Sitz Aussig)

Wir teilen unseren Mitgliedern mit, daß der für den 22. März 1936 nach Komotau in die „Parkale“ einberufene

ordentliche Verbandstag

umhändelhalber wieder um acht Tage verschoben werden mußte und nunmehr endgültig am Sonntag, den 29. März, in den Städtischen Parkalen in Komotau stattfinden wird.

Die Tagesordnung und die Delegationsbestimmungen sind bereits durch die letzten Presseveröffentlichungen und durch die Einladungen bekannt.

Alle den Verband betreffenden Zuschriften sind an die Adresse Edwin Tobiasch, Komotau I, Gerhart Hauptmann-Straße 11, zu richten.

Für den Verbandsvorsitzand:

Edwin Tobiasch m. v. Karl Erll m. v.

den Anschein erweckten, als ob Szolymos von seinem eigenen Wagen überfahren worden wäre. Alle drei wurden verhaftet.

Eine große Eisstauung der Duna bei Lisko hat eine Ueberflutung hervorgerufen, die einen Höhepunkt noch nicht erreicht hat. Ueber 180 Bauerengebäude sind bereits überflutet. Die Breite des Stromes beträgt im Ueberflutungsgebiet annähernd acht Kilometer. Viele Dörfer sind völlig von der Außenwelt abgeschnitten. Die große Landschaft Riga-Dünaburg liegt auf einer Strecke von zehn Kilometern unter Wasser. Wiederholte Sprengungen des Eises sind bisher ergebnislos verlaufen.

Die Wetterlage ändert sich nur sehr langsam. Unter dem Einfluß eines Zudrucks, dessen Kern über den Karpathen liegt, dauert in unseren Gegenden heiteres Wetter mit beträchtlichen Temperaturschwankungen zwischen Tag und Nacht an. Der allgemeine Wettercharakter dürfte noch günstig bleiben. Wahrscheinliches Wetter Freitag: Anhafter des schönen Wetters, namentlich taucht über weitere Erwärmung. Im mittleren Teil der Republik etwas auffrischender Südwind, sonst ziemlich ruhig. — Wetterausblick für Samstag: Allmähliche Bewölkungsumkehr. Im allgemeinen jedoch noch kühler und relativ warm.

Ziehung der Klassenlotterie

Unverbindlich.

Frage. Bei der Donnerstag-Ziehung der IV. Klasse der 35. tschechoslowakische Klassenlotterie wurden nachstehende Gewinngewinne gezogen:

- 20.000 Kč die Lose Nr.: 78310 98578 30068
- 10.000 Kč die Lose Nr.: 57552 38615 61723
- 5000 Kč die Lose Nr.: 10489 892 91452 83824 35409
- 2000 Kč die Lose Nr.: 88128 63283 10420 49446 40762 23987 10962 45950 30996 60881 14580 68623 110370 41052 79349 99852 72674 18882 20266 71323 19380 78193 71924 16049 30743

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen!

Sonntag:

Frage, Sender 2: 10.05: Deutsche Presse, 12.10: Schallplatten aus Verdi-Opern, 15: Orchesterkonzert, 16.50: Rundfunk für die Jugend, 17.55: Deutsche Sendung: Schmeißel: Sportbericht, 18.05: Der gute Richter, Hörspiel, 18.45: Deutsche Presse, 19.15: Pünktliches Programm auf Schallplatten, Sender 3: 7.30: Leichte Musik, 14.10: Deutsche Sendung: Modernelieder, 14.50: Deutsche Presse. — Brunn 17.40: Deutsche Sendung: Dr. Verholz: Die literarisch-kritische Tätigkeit Dr. Ed. Beneš', — Oversee, — Nährsch-Ohran 17.30: Schallplatten aus „Hoffmanns Erzählungen“, — Kufkan 12.35: Rundfunkorchestersonntag, 19.35: Leichte Musik.

Nächtlicher Spuk auf dem Montmartre



Ein lustiger Schnappschuß, der in einer der vergangenen Nächte vor dem Denkmal des Volpian auf dem Montmartre in Paris gemacht wurde. Nach alter Ueberlieferung empfangen dort die Redaktionsredaktionen in geistlicher Verkleidung die Studienkameraden von der juristischen Fakultät zum nächtlichen Nummernfang.

Downing Street 10

Mittelpunkt der Welt

(MTP London.) Das D'Orsay, Wilhelmstraße, Palazzo Chigi, Ballplatz — hinter diesen Bezeichnungen verbergen sich die Amtsräume der Außenministerien der europäischen Mächte, jedermann so geläufig wie schließlich jene: Downing Street 10. In diesem aber das Haus am Seineauai oder der römische Palast mit prächtigen und prunkvollen Fassaden die schönsten Avenuen grünen, ist die Downing Street nicht nur eine der ältesten, sondern auch der höchlichsten und ungepflegtesten Gassen des an traditionell gewohnten Verfall reichen London, und das Gebäude selbst ist durchaus kein Wunderwerk der Außen- oder Innenarchitektur, sondern vielmehr eine absolute Kuriosität. Schon die Straße selbst trägt den Namen eines Mannes, der mehr verächtlich als berühmt, und jedenfalls eine originelle Erscheinung seiner Zeit gewesen ist.

Sir George Downing, dessen Name die Straße trägt, ist ein englischer Ritter zu Zeiten König Karls II. gewesen, dazu ein Politiker jenes Schlages, den man heute als Opportunisten und Aristokraten bezeichnet. Gerade seiner Charakterlosigkeit, die nahezu sprichwörtlich gewesen ist, mag ihm dazu verholfen haben, nach der Rückkehr seines Königs aus dem ihm durch die Nachfolger Cromwells aufgezwungenen holländischen Exil unter dessen Regierung hohen diplomatischen Rang zu erreichen, unter anderem zweimal der Gesandte seines Herrn im Haag zu werden. König Karl, der wiedererrungenen Krone froh, sonderte mit geringer Rücksicht auf seinen Hof die Spreu vom Weizen und schenkte auch seinem Gesandten so wenig Aufmerksamkeit wie der Tatsache, daß sich dieser weder in seiner Heimat, noch in den Niederlanden irgendwelcher Achtung erfreute. Im Gegenteil erhob ihn der König in den Adelsstand und, gebestendig wie er war, schenkte er ihm gelegentlich jenes Gelände, durch das heute die Downing Street läuft, und auf ihm baute Sir George Downing sich eben jenes Wohnhaus, das nun die Straßennummer 10 zeigt.

Downing starb ohne Erben und so fiel sein ganzes Vermögen an die Krone zurück und der junge König Georg II. bestimmte das tote Downinghaus für die Amtsräume des Ministerpräsidenten. Walpole war der erste englische Premier, der sie bezog; ihm ist auch die Uebereignung des Gebäudes ausgeschrieben; sie stellte, nach damaliger Auffassung, eine persönliche Auszeichnung dar, mit der sich der König einer Verpflichtung diesem seinem Minister gegenüber entledigte.

Seit dieser Zeit schlägt in dem alten Haus das Herz der englischen Politik, und seit dieser Zeit hat es die Bergweisung der Wägen aller es bewohnenden englischen Premiers dargestellt. Es ist immer wieder umgebaut worden; Etagen wurden aufgesetzt, Etagen wurden abgetrennt; alle Modernisierungsversuche führten nur dazu, es noch ungeeigneter, eigentlich unbewohnbarer zu machen. Das

System der Flure und Korridore stellt ein Labyrinth dar. Inoponante Stiegen enden unterirdisch an einer Wand; unendlich lange Gänge an einer Dekorationsstir, die lediglich gemalt ist. Portiere, die in den Gängen zu führen scheinen, öffnen die Küche oder ein Badezimmer. Toilettenräume sind von der Weitaufmerksamkeit von Konzerten; Amtsräume so klein, daß sich mit Mühe und Not mehr als zwei Personen gleichzeitig in ihnen umdrehen können. Gäste, die sich hier aufhalten, können sich nur mit Hilfe eines Führers zurechtfinden. Selbst die Hausbewohner verfügen lange Zeit nur über eine sehr ungenaue Kenntnis der räumlichen Zusammenhänge.

Diesem architektonischen Gewirr stellt sich die Zusammenführung des Mobiliars würdig an die Seite. Es vereinigt die verschiedensten Stile von vier Jahrhunderten, aber nicht etwa in den einzelnen Räumen, sondern in jedem Zimmer. Das Durcheinander ist schlechtin ungreiflich. Neben Stühlen, die kein Tischler laufen würde, gibt es Fauteuils, mit diesem Profil überzogen, oder Sessel aus Ebenholz oder Mahagoni, daneben solche, die englische Könige für ihren eigenen Gebrauch haben herstellen lassen — wahrhaftige Museumsstücke.

In diesem alten, verschachtelten, buntsäugigen, hilflosen Hause sind seit einem Vierteljahrtausend alle wichtigen Beschlüsse über die Zukunft Großbritanniens gefaßt, gefaßt oder verworfen worden. Hier hat der alte Pitt, geplagt von der Gicht, den Tag erlebt, an dem die Vereinigten Staaten von Nordamerika sich als unabhängig von Großbritannien erklärten. Hier hat Disraeli seiner Königin Viktoria Krone, Titel und Insignien der ersten Kaiserin von Indien erworben. Hier hat Aquino, mit Tränen in den Augen, wie behauptet wird, seinem Kollegen das Einverständnis zur englischen Kriegserklärung im August 1914 abgerungen. Hier ist der Flottenvertrag mit Deutschland, und damit der eigentliche Friede zwischen Großbritannien und dem Reich geschlossen worden. Und hier wurde gestern die Landkarte von Ostafrika mit so großem Eifer studiert... Hier finden sich heute die Diplomaten aus allen europäischen Staaten ein, um mit den britischen Ministern endlos zu verhandeln, wie man diese schwere Krise seit Kriegsende, die durch die Verteilung des Locarno-Paktes enthanden ist, überwinden könnte.

Und Tag und Nacht mühen die Reporter das Haus, um Nachrichten zu ergattern. Aber der Premierminister sieht niemanden und wird von niemandem gesehen, dem er nicht begegnen will. Das Haus grenzt an einen großen, parkartigen Garten, und mit diesem verbindet es eine Anzahl von kleinen Geheimforten; diese benötigt er, wenn er kommt, und wenn er geht. Verborgene sind der Öffentlichkeit geheimnisvolle Wege und Ausgänge — sind sie nicht vielleicht auch ein Sinnbild der englischen, so unerforschlichen, so überraschenden Politik?

Die juristischen Sachverständigen zur Bereinigung des Rheinpakt. Nach einer Information des dem englischen Außenministerium nahestehenden „Daily Telegraph“ haben sich die juristischen Sachverständigen des Völkerbundes dahin ausgesprochen, daß der Völkerbund an sich keine Sanktionen gegen Deutschland in dem gegenwärtigen Fall verhängen könne. Der Völkerbund könne nämlich die Sanktionen nur im Rahmen des Art. 16 der Völkerbundsatzung anwenden, der einen kriegerischen Mieberfall vorsieht. Der Rheinpakt habe allerdings die Befugnis der Abrechnung einem Angriffsfakt gleichgesetzt, aber diese Bestimmung sei nur für die Locarnomächte und nicht für den Völkerbund als Ganzes bindend. Daher können nur die Locarnomächte Sanktionen gegen Deutschland verhängen, während andere Mitgliedstaaten des Völkerbundes dazu an sich nicht verpflichtet seien.

Außenpolitische Aktivität Schachts. Wie der Pariser Mitarbeiter der „Revue Chronique“ meldet, ist vor einigen Tagen der Präsident des Vorstandes der Deutschen Bank von Stauff nach Paris gekommen und hat dort mehrere Konferenzen mit maßgebenden französischen Bankiers

gehabt. Stauff soll als Vertreter Schachts verhandelt haben und habe die Aufmerksamkeit der französischen Finanzkreise auf die katastrophalen Folgen gelenkt, zu denen eine etwaige Sanktionsanwendung gegen Deutschland führen könnte. Stauff soll angeblich versichert haben, daß, falls Frankreich auf den Sanktionen nicht bestünde, Schacht seinerseits alles unternehmen werde, um Dittler zu einem annehmbaren Kompromiß zu veranlassen.

Die französische Rechtspresse ruft nach einem Diktator. Der rechtsstehende „Figaro“ hält die gegenwärtige außenpolitische Krise für die gefährlichste seit dem Kriegsausgang. Deshalb sei es notwendig, den Diktator zu proklamieren. Die Zeitung, hinter der einflussreiche konservative Kreise stehen, beschwört den Präsidenten der Republik, mit der Aufgabe der Bewirklichung der „heiligen Einigkeit“ „den großen Franzosen“ zu betrauen, dessen Namen die Zeitung jedoch nicht nennen will. Es handelt sich wahrscheinlich um Gaston Doumergue, während die noch weiter nach rechts tendierenden Zeitungen, wie etwa „Le Peuple“, den Marschall Pétain als den gegebenen Einiger Frankreichs nennen.

Die deutsche Admiralität über die Sowjetflotte. Die deutsche Admiralität stellt fest, daß die Sowjetunion im geheimen die mächtigste U-Bootsflotte der Welt gebaut habe. Nach den Zahlen aus Berlin sollen 96 U-Boote fertig sein, noch mehr befinden sich im Bau. Die gegenwärtigen U-Bootsflotten der Welt zählen: Frankreich — 92, USA — 90, Italien — 77, Japan — 67, England — 59 und Deutschland — 28. Weiter wird gemeldet, daß die Sowjetunion seit 1932 auch andere Kriegsschiffe gebaut habe, die folgendermaßen verteilt sind: Baltisches Meer — 40 U-Boote und 71 Zerstörer und Motor-Torpedoboote, Schwarzes Meer — 20 U-Boote und 27 Zerstörer und Torpedos, Weißes Meer — 6 U-Boote und 11 Zerstörer, Ferner Osten — 30 U-Boote (wahrscheinlich viel mehr) und 30 Torpedos. Im Baltischen und Schwarzen Meer seien die leichtesten Schiffe von Schiffschiffen und Kreuzern unterstellt. Praktisch sollen die U-Boote alle neu, verschiedener Typen und rein russischer Konstruktion sein.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Schutz gegen reichsdeutsche Schädigung

Die tschechoslowakische Handschuh-Industrie konnte sich im Gegensatz zu der allgemeinen wirtschaftlichen Lage insofern günstig entwickeln, als ihr durch Auslandsaufträge eine Erweiterung ihrer Produktion möglich war. Die Ausfuhr von Stoff- und Lederhandschuhen hat in den letzten zwei Jahren stark zugenommen. Die günstige Auswirkung dieser Entwicklung wurde jedoch stark beeinträchtigt durch unglückliche Schiebungen, die von der reichsdeutschen Handschuh-Industrie inszeniert wurden. Aus Deutschland wurden in großen Mengen Handschuhe in die Tschechoslowakei eingeführt, um hier angeblich verarbeitet zu werden, veredelt und dann wieder ausgeführt zu werden. In Wirklichkeit aber waren diese Handschuhe schon so gut wie fertig, so daß es nichts mehr zu bearbeiten gab. Aus der Tschechoslowakei gingen diese reichsdeutschen Erzeugnisse dann als tschechoslowakische Waren hinaus auf die Weltmärkte. Zu diesen Mitteln griff die reichsdeutsche Handschuh-Industrie deshalb, weil sie aus naheliegenden Gründen ihre Kunden in wachsendem Maße einbüßte.

Es war auffällig, wie lange die tschechoslowakische Handschuh-Industrie diesem Treiben zusehen hat. Denn es bedeutete natürlich eine Schädigung der heimischen Industrie, vor allem aber der Arbeiterschaft. Es gibt in der Handschuh-Industrie noch genügend Arbeitskräfte, die nach Beschäftigung suchen. Erst nachdem diese reichsdeutsche Schiebung einen noch fortgesetzt größer werdenden Umfang angenommen hatte, wurde schließlich der Widerstand in den Unternehmerkreisen unserer Handschuhindustrie stärker. Meiste doch die Gefahr, daß die Vereinigten Staaten, aber auch andere Länder sich wieder von den tschechoslowakischen Waren zurückziehen würden, wenn sie sehen mußten, daß sie aus der Tschechoslowakei die von ihnen hochnotierten deutschen Waren belamen.

Jetzt endlich ist durch eine Kundmachung des Handelsministeriums, derzufolge die Einfuhr lederner Handschuhe in das Zollbewilligungsverfahren einbezogen wird, die Fortsetzung dieser Manipulationen unmöglich gemacht worden. Gleichzeitig sind die Behörden angewiesen, auch die übrigen in Veredelungsverfahren eingeführten deutschen Handschuhe genauer zu überwachen, damit, wenn es notwendig ist, weitere Maßnahmen gegen die Einfuhr ergriffen werden können.

Neuer Betrieb der Böhmisches Waffenfabrik A.G. Die bereits seit langem währenden Verhandlungen über den Bau einer neuen Motorradfabrik der Böhmisches Waffenfabrik A.G. in Ung. Brod wurden dieser Tage abgeschlossen. Der Bau wird noch im Laufe dieser Woche in Angriff genommen und mit aller Beschleunigung zu Ende geführt werden, so daß der Betrieb noch Ende dieses, spätestens aber Ende des kommenden Jahres aufgenommen werden kann. In der Fabrik in Ung. Brod sollen 4000 bis 5000 Arbeiter beschäftigt werden.



Jetzt müssen Sie unbedingt Ihre Blumen mit Blumen-Zauberung begießen, wenn sie schön blühen sollen 1 Paket Ké 5'60 durch die Verwaltung „Frauenwelt“, Prag XII., Fochova t. 62, und bei allen Kolporturen erhältlich

Nicht einmal 70 Ké im Jahr hat man in England als Rundfunkhörer zu zahlen. Von der Gesamteinnahme führt der Generalpostmeister 75 Prozent an die Rundfunkgesellschaft B. B. C. (British Broadcasting Company) ab und nach den soeben veröffentlichten Forderungen und nach den soeben veröffentlichten Forderungen des parlamentarischen Rundfunkkomitees soll die Post künftig noch eine Million Pfund (118 Millionen Ké) mehr abliefern, damit s. B. auch das Fernsehen finanziert werden kann. Nur notwendigen Einrichtungen jeder Schule, so fordert das Unterrichtsministerium, nach seinem Vorsitzenden so geheißen, soll eine Empfangsanlage für den Schulfunk gehören. Es scheint also auch dort der Schulfunk vielfach seine Bestimmung nicht zu erreichen. Die Zahl der „Gouverneure“ der B. B. C. soll von fünf durch zwei jüngere auf sieben erhöht, Inverate nicht geteilt, die Lizenzgebühren nicht verteuert werden. Zur obersten Leitung des Rundfunks soll ein eigener Minister bestellt werden, der dem Unterhaus angehört und ihm verantwortlich, von umfangreicher Büroarbeit freigehalten werden und ein „Senior“ des Kabinetts sein soll. Der jetzige Lordpräsident des Geheimdienstes Lord Halifax soll in Betracht kommen. Der Minister soll ein Einspruchsrecht gegen einzelne Sendungen haben, das normale Tagesprogramm bestimmen die B. B. C. weiter.

Reisepilger aus USSR. Zu dem Verband sozialistischer Sowjetrepubliken gehören in Wien einige Territorien, deren Bevölkerung nach wie vor ihren mohammedanisch ist. In diesem Jahr hat die Sowjetregierung zum erstenmal die Genehmigung erteilt, Pilgerfahrten nach Mekka aus Turkmenistan und anderen Sowjetrepubliken zu organisieren.

Die feltamste Sammlung der Welt. Es gibt sehr verrückte Sammelerschwärme. Immerhin dürfte Mrs. Jeanette Mercerbrook in Portsmouth den Rekord in dieser Beziehung innehaben. Sie hat sich nämlich seit Jahren auf das Sammeln von — Spinweben berlegt! Sie besitzt heute eine reichhaltige Kollektion von 800 Webstücken von Spinnen aller Art. Die Leute, die ihre Sammlung gesehen haben, soll gelegentlich das Grinsen überkommen sein.

Das ist Amerika . . .

Aus den Notizen eines Auswanderers

II.
Seit die Prohibition aufgehoben wurde, nahm die Braneeindustrie einen gewaltigen Aufschwung. In die Summe der Toten und Verstümmelten, die auf das Konto „Alkohol und Auto“ gehören, auch . . . Da ich nicht trinke, vermag ich nicht zu entscheiden, ob die Marke „Lud Lager“ oder „Eastern Beer“ besser ist — ich habe aber sagen hören, daß das Bier in den Konventionenbüchsen — die sich hier großer Popularität erfreuen — dem europäischen Bierfachmann nicht schmeckt. Als Laie meine ich, daß dabei das Visuelle eine Rolle spielt. Zum Bier gehört das Glas und der Krug.

Da man trinkt viel in Amerika. In viel. Und hier im Südwesten wirken sich die Cocktails so leicht aus. Besonders bei den Damen. Es reizt die Spielbeinlichkeit. In vorgeschrittener Stunde, in größerer Gesellschaft, ist das Street-Poker sehr beliebt. Wer verliert, muß sich eines Kleiderstückes entledigen. Ob Gentleman oder Lady. Es gibt kein Erbarmen. Geborene Pelikannaturen wollen auch gar keines . . .

Die Raten für Telegramme sind minimal. Die Auswahl an Glückwunschkarten mit verschiedenartigsten aufgesetzten Text ist enorm. Es ist üblich, um den Ersten herum seine Schuldner per Kabel an die fälligen Raten zu erinnern. Selbst wenn sie um die Ecke wohnen. (Die Schuldner.) Eine Company hat auch für diesen Fall vorgegedruckte Formulare bereit. J. W.: Sorry cannot pay Yours Truly. (Es tut mir leid, ich kann nicht zahlen. Hochachtung . . .)

Dennoch gibt es auch in diesem gefegneten Lande (nebst Arbeitslosen) Gebrandete, die verbrecherischer Leichtsinns ins Gefängnis brachte. Vergangenen Monat erregte in der „Chicago Tribune“ eine Annonce Aufsehen:

Entlassener Sträfling
Zwei Jahre Erfahrung in einem modernen Zuchthaus. Entgegen Lombrosos Theorie bin ich ohne herabragenden Intellekt und habe keine raubnörderischen Ambitionen. Meine Referenzen (inkl. Gefängnisverwaltung) beschreiben mich als jung, gereift, ausgezeichneten Stenotypisten mit gutem Geschäftssinn. Trotzdem der Markt für entlassene Sträflinge flau ist, glaube ich hier einer, daß er seinem Chef von Nutzen sein kann — wegen seiner Erfahrung. Ich bin eine gute Investition

und — mit Vorbehalt — zu allem bereit. Zuschriften unter § 280 Tribune.

Der Mann bekam 14 erstklassige Stellenangebote. Ich las sein Dankschreiben an seinen Rechtsanwalt.

„Bud“ ist ein Slang-Ausdruck für Dollar. Und in jeder sogenannten „Bud Rite“ (moderne Rechtschreibung für Right) eines Autos kann der Zuschauer 250 Dollar oder ein schönes Auto gewinnen — wenn die Nummer seiner Eintrittskarte gezogen wird. Da es auch Trostpreise von 5 und 10 Dollars gibt, so sind die Autos überfüllt. Am dem Abend, da ich zum erstenmal solch eine Verlosung miterlebte und vor Aufregung mein Viszett zerwagelte, griff ein goldgelocktes bildschönes Mädchen (aus dem Zuschauertraum auf die Bühne gerufen) in die Risse und zog einen Coupon heraus. Ein Mann meldete sich als glücklicher Gewinner — da brach ein furchtbarer Tumult los. Ein anderer Mann rief nach der Polizei — und ließ den Preissträger und das Mädchen verschaffen. Was war geschehen? . . . Das Mädchen war das Haupt einer vierköpfigen Taschenspielerbande, die die Autos brandschaltete, indem es die Schwäche der Menschen für hübsche Blondinen ausnützte und zu jeder Bud rite ging. Dort wurde das blondgelockte Kind stets auf die Bühne gerufen und verhandelt es ebenso stets, das Viszett eines seiner Bekannten in die Risse zu

schmuggeln. Bis sie von einem enttäuschten Amateurdetektiv entlarvt wurden. 5000 Dollar haben die vier auf diese Art erbeutet. Nun stehen sie alle vor dem Richter und das blondgelockte Kind weinet gar sehr.

Bei einem Ausflug machten wir in einem Gasthaus Halt. Dort gab es nicht nur Vorfrühe, sondern auch Tische und Bänke. Das ist in Amerika ungewohnt — und deshalb schrieb der Inhaber auf eine große Tafel, die von der Decke des Saales hing: Please don't sit on the tables. (Bitte nicht auf die Tische zu setzen.) So setzte ich mich auf die Bank und schaute in den herrlichen Sonnenschein hinaus, auf die blutroten Sterne der Poinsettias, der Weihnachtsblumen . . . Ein buntes, schwirrendes Etwas erregte meine Aufmerksamkeit. Ein Schmetterling —? Nein — bei Gott: Ein Kolibri. Mein erster Kolibri —! Verzückt starrte ich auf das bezaubernd schöne Ding, kaum größer als eine Hummel, mit dem spigen Schnäbelchen und den surrenden Flügeln. „Ein Kolibri —“, murmelte ich verzückt. „Ja“, sagte neben mir Blond, ein prächtiger Junge aus Colorado. Und sabbervständig fügte er hinzu: „De males fixin' wiles an hour“ („Er macht 60 Meilen die Stunde . . .“) . . . Wie soll unsereiner da in Amerika weiterkommen —!

